

Arbeits

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

England drängt auf Entscheidung.

London, 28. Juni. (W.B.) Der diplomatische Bericht-erstatte des „Daily Telegraph“ sagt: In maßgebenden politischen Kreisen sei die Tatsache erneut betont worden, daß die vor kurzem auf dem Kontinent verbreiteten Gerüchte und Berichte wonach England separate Verhandlungen zwischen Deutschland und irgendwelchen der Alliierten günstig ansehen würde, nicht die geringste Begründung hätten. Die britische Regierung habe im Gegenteil durch ihre bekannte diplomatische Initiative, indem sie zuerst Berlin ersuchte, Vorschläge an die Alliierten gemeinsam zu machen, und hierauf Paris und Brüssel bat, eine Darlegung der französischen und belgischen Ansichten bezüglich einer gemeinsamen Grundlage für eine gemeinsame Reparationsregelung zu machen, ihren großen Wunsch nach Wiederherstellung einer einheitlichen Diplomatie auf Seiten der Alliierten kundgegeben. Dies sei tatsächlich das Ziel, zu dessen Erreichung Baldwin und seine Kollegen jetzt eine höchste Anstrengung unternahmen. Die Lage Deutschlands zeige, daß jede weitere Verschlebung des notwendigen Meinungsaustausches wegen der Möglichkeit sozialwirtschaftlicher Unruhen in Deutschland die ernstesten Folgen haben könnte. Bei einem Zusammenstoß zwischen den kommunistischen und reaktionären Elementen könne ganz Mitteleuropa von neuem in Aufruhr geraten, und alle Aussichten auf wirtschaftlichen Frieden und Wiederaufbau würden bald über Bord gehen, zum wachsenden Nachteil des englischen Handels und Erwerbes. Beide würden erheblich von der Ruhestörung in Mitteleuropa gezogen, daher sei es nicht ganz überflüssig, wenn das möglicherweise unvermeidliche Fehlen einer — sei es formellen oder nicht formellen — alliierten Antwort auf den britischen Fragebogen bedauert werde, da dies notwendigerweise eine offizielle Erklärung über diese Frage verzögern müsse. Angesichts der belgischen Krise sei eine derartige Erklärung seitens der englischen Regierung natürlich mit Recht immer wieder verschoben worden. Sie könne jedoch in Anbetracht sowohl der Dringlichkeit der mitteleuropäischen Krise wie auch der Notwendigkeit für die englische Regierung, die allgemeinen und besonderen Vertragsinteressen Englands zu wahren, nicht weiter verschoben werden. Die englische Diplomatie könne nicht mehr in dieser statischen Lage verbleiben.

Zum Jahrestag des Versailler Friedens.

London, 28. Juni. (W.B.) „Times“ schreiben in einem Leitartikel zum heutigen Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages: Vier Jahre sind vergangen, seitdem Deutschland den Friedensvertrag mit den alliierten und assoziierten Mächten unterzeichnet habe. Ein Rückblick sei keineswegs beruhigend. Nicht nur Deutschland — sondern ganz Europa sehe sich einer noch nie dagewesenen Lage gegenüber. Nach einem Hinweis auf die wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten und auf die Gefahr erster innerer Unruhen in Deutschland fragt das Blatt, wer den Vertrag ausführen solle. Die Vereinigten Staaten hätten seit langem aufgehört, irgendeine Rolle in der Anwendung des Vertrages in Europa zu spielen. Das Fernbleiben der Vereinigten Staaten von jeder Teilnahme an diesen Angelegenheiten sei eine Tatsache, die bedauert werden könne, aber auf jeden Fall feststehe. Aus diesem Grunde seien heute besonders zwei der Alliierten, Frankreich und England, dazu berufen, den Frieden in Europa aufrechtzuerhalten, dessen Sicherung der Versailler Vertrag bezwecke. In diesem kritischen Augenblick, vier Jahre nach Abschluß des Vertrages, seien diese beiden Alliierten verschiedener Meinung bezüglich der Methode, durch die das Ziel endgültig erreicht werden könne. Die Franzosen beständen auf allen Folgerungen ihrer Ruhrmethode, die englische Regierung sei anderer Ansicht. Inzwischen breche Deutschland, das der Gegenstand aller dieser Erörterungen sei, offenbar vor den Augen der Alliierten zusammen.

„Times“ sagen zum Schluß: Wir schreiben natürlich nicht der französischen Nation irgendeinen Wunsch zu, sich militärischen Träumen hinzugeben, wir sind jedoch überzeugt, daß eine Verlängerung des unglückseligen Konfliktes im Ruhrgebiet den im Gange befindlichen Prozeß der Zerlegung in Deutschland zu einem Stadium bringen wird, in dem er sich jeder vernünftigen Kontrolle entziehen wird. Es handelt sich nicht darum, wer zu tabeln ist, sondern darum, wer weise handeln wird. Der gegenwärtige Zustand der Unsicherheit könne, so schlecht das Blatt, jedenfalls nicht unbegrenzt verlängert werden. Wenn eine gemeinsame Aktion unmöglich sei, müsse die englische Regierung auf eigene Rechnung Anstrengungen machen, um den Prozeß der Zerlegung aufzuhalten, ehe es zu spät sei.

Das Echo der Papstnote.

Paris, 28. Juni. (Eca.) Ein längerer Artikel im „Petit Parisien“ beschäftigt sich mit dem Schreiben des Papstes und erblickt in der Tatsache, daß der Papst sich nicht direkt an die Regierungen gewandt, sondern durch einen Brief an den Staatssekretär seine Meinungen zum Ausdruck gebracht hat, eine Vorsichtsmahregel und glaubt, daß der päpstliche Schritt einen starken Widerhall finden werde. Zum erstenmal berühre der Papst als politisch und moralisch an dem Frieden Europas interessierter Souverän das Reparations- und Friedensproblem. Er greife in den Konflikt ein, weit entfernt davon, sich an ein allgemeines Urteil und Wünsche allgemeinen Charakters zu halten. Beliebt ergriff er selbst Partei und schlägt bestimmte Lösungen vor. Er suche offenbar den Boden, der eine Verständigung ermöglicht.

Deutschland bringe er in gehaltener Form, aber klar zum Ausdruck, daß es noch nicht den Kern eines guten Willens gegeben habe, und in dringlicher und gehobener Sprache führe er Deutschland die Zerstörungen vor Augen, die Frankreich und Belgien erlitten haben. Hingegen wünsche der Papst, den deutschen und englischen Vorschlag unparteiischen Richtern zu übermitteln, mit dem

Auftrag, die deutsche Schuld mit dem deutschen Zahlungsvermögen in Einklang zu bringen. Diese Meinung werde von allen denjenigen, die das Projekt zum Ausdruck bringe, die einzige sein, die in Frankreich vernünftigen Einwendungen, aber auch sehr energischen Protest begegnen wird.

„Petit Journal“ schreibt, es sei unmöglich, sich zu verheimlichen, daß der päpstliche Vorschlag darauf abziele, eine

Revision des Vertrages von Versailles

einzuweisen und die Unparteilichkeit der Reparationskommission anzuzweifeln, die aus dem Vertrage ihre Existenz und ihre Machtbefugnisse herleite. Da es sich um eine Revisionsfrage handele, sei vorauszusetzen, daß die meisten der französischen Katholiken bei aller schuldigen Achtung auch ferner denken würden, daß ihr Standpunkt am besten mit der Gerechtigkeit vereinbar sei. Ueber alle anderen Punkte könne die Meinung des Heiligen Stuhles das französische Gewissen nicht beruhigen. Pius XI. halte die dauernde Belegung des Ruhrgebietes für nicht weniger wirkungsvoll, er ziehe aber andere Maßnahmen vor. Das hätte die französische Regierung fortgesetzt betont, und wenn Deutschland Frankreich diese Garantien gegeben hätte, hätte es nicht nötig, andere zu suchen. Der Papst halte auch gewisse ernste Kontrollmaßnahmen für notwendig. Er sei also einig mit allen alliierten Regierungen. Endlich schlicke er sich einer Formel der progressiven Räumung der besetzten Gebiete an. Das sei die Formel, auf die sich Frankreich und Belgien in Brüssel geeinigt hätten. Aber wenn Deutschland und die gesamte öffentliche Meinung Deutschlands das erste Gefühl hätten für die Wohltat der Pazifizierung, dann stehe es ihm vor allem zu, die Opfer zu bringen, die der Papst für nötig halte, also seinen Appell zu hören.

Das erneute starke Drängen der englischen Regierungs- presse auf eine endgültige Regelung der Ruhrfrage steht offensichtlich in engem Zusammenhang mit dem diplomatischen Schritt, den der Papst durch sein Handschreiben an den Kardinalstaatssekretär Gasparri unternommen hat. Die Stellungnahme des Papstes deckt sich so ziemlich mit den Gedankengängen, die man in letzter Zeit gerade aus England vernommen hat. Aus keinem Briefe spricht dieselbe Besorgnis vor dem völligen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Mitteleuropas, die den Leitgedanken aller englischen Kundgebungen in der letzten Zeit bildete. Auch die heutigen Äußerungen des „Daily Telegraph“ und der „Times“ geben dieser Sorge mit aller Schärfe Ausdruck, unter gleichzeitigem Hinweis darauf, daß der Höhepunkt der Krise erreicht sei und daß es nicht mehr angehe, den Dingen weiter unlästig gegenüberzustehen.

Aus der Papstnote scheint hervorzugehen, daß man sich auch außerhalb Englands von dem ungeheuren Ernst der Situation Rechenschaft zu geben anfängt. Die päpstlichen Vorschläge sind hierbei so gehalten, daß sie auch den französischen Wünschen Rechnung tragen und eine Brücke aufzurichten suchen, auf der es möglicherweise zu einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich kommen könnte. Besonders wichtig sind hierbei seine Vorschläge über den Abbau der Ruhrbesetzung und die Bürgschaften, die von deutscher Seite geboten werden müßten. Da auch von englischer Seite auf diese Punkte das größte Gewicht gelegt wird, kann erwartet werden, daß sie in den nächsten Tagen erneut im Mittelpunkt der politischen Diskussion stehen werden. Was von deutscher Seite geschehen kann, um die Erörterung in eine für Deutschland günstige Richtung zu lenken, muß geschehen, damit endlich der tote Punkt überwunden wird, auf den die Debatte über die Lösung der Ruhrkrise gelangt ist.

Einigung in Danzig.

Danzig, 27. Juni. (Eca.) Die Vereinigung eines Teiles der Kommunistischen Partei Danzigs mit der Sozialdemokratie ist nunmehr vollzogen. Die sozialdemokratische Volksstagsfraktion verfügt damit jetzt über 36 Mandate und ist dadurch die größte Fraktion des Volksstags geworden. Diejenigen Mitglieder der Kommunistischen Partei, die den Uebertritt nicht mitgemacht haben, haben eine neue kommunistische Partei gebildet und verfügen auch noch über einige Mandate.

Der Anschlag auf Pasitsch.

London, 28. Juni. (Eca.) Wie der Reuter-Korrespondent aus Belgrad meldet, entging Pasitsch nur dadurch dem Tode, daß er im Augenblick, als der Revolver auf ihn abgefeuert wurde, sich in die Rissen des Bogens zurücklehnte und unwillkürlich die linke Hand in der Richtung des Schusses hob. Der Täter heißt Milan Ritsch und entstammt einer serbischen Familie, die seit länger als 60 Jahren in Budapest wohnt. Er erklärt, daß er die Tat nicht aus politischen, sondern aus rein persönlichen Motiven begangen habe.

Ruhe an der Börse.

Am Devisenverkehr trat heute eine bemerkenswerte Beruhigung ein. Es zeigt sich ein starkes Nachlassen der Bedarfskäufe der Industrie und des Einfuhrhandels. Hierzu dürfte auch die Tatsache Veranlassung geben, daß gestern in Berlin und Frankfurt wider Erwartung der Gesamtbedarf in den wichtigsten Devisen von der Reichsbank befriedigt werden konnte. Die Kundgebung des Papstes wurde heute an der Börse lebhaft erörtert und günstig beurteilt. Bei ruhigem Geschäft und normalen Umsätzen konnten die Kurse etwas niedriger als gestern notiert werden.

In Effekten und Dollarkuponanweisungen fand, dem Verbot des Börsenvorstandes entsprechend, kein Verkehr statt. Kurse können deshalb nicht genannt werden.

Schluß mit dem Lohnbetrug!

Die zwingende Notwendigkeit der Einführung wertbeständiger Löhne wird ernsthaft heute von keiner Seite mehr bestritten. Aber wenn man sich auch grundsätzlich für die Einführung wertbeständiger Löhne erklärt, so bringt man doch so viel Einwände dagegen vor, die darauf hinauslaufen, daß man aus sogenannten praktischen Gründen die Lösung der Frage verschleppen möchte. Eine weitere Hinausschiebung würde zu den schwersten Erschütterungen führen.

Der Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates, auch die Ausfuhrabgaben wertbeständig zu gestalten, ist ein weiterer Beweis dafür, daß auch der Staat, wie es die Privatindustrie bereits getan hat, zur wertbeständigen Rechnung übergehen muß. Genau so wie beim Goldzollaufgeld und nun bei den Ausfuhrabgaben wird der Staat auch bei den Steuern und Tarifen zu dem System der Wertbeständigkeit übergeben müssen. Das ist die einzige Möglichkeit, um aus unserer himmelschreienden Finanzmisere herauszukommen und um dem ungeheuerlichen Steuerbeitrag ein Ende zu machen. Heute sind es in Wirklichkeit nur die auf Einkommen aus Papiermark Angewiesenen, die wertbeständige Steuern zahlen, während umgekehrt die Sachwertbesitzer ihre Steuern in entwerteter Papiermark entrichten. Das ist eine Frage, die Reichstag und Regierung zu lösen haben werden, und zwar ohne jeden weiteren Verzug.

Eine andere Frage ist es aber, ob in der Privatwirtschaft es noch länger möglich ist, daß die Preise fast durchweg in fester Währung berechnet werden, während die Löhne in Papiermark gezahlt werden. Unteruchen wir einmal die Gründe, die von den Gegnern der wertbeständigen Löhne angeführt werden.

Wertbeständige Löhne, wenden noch einige Gegner ein, das bedeute Weltmarktpreise, also Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

Was zunächst die Arbeitslosigkeit betrifft, so kann es wohl kaum schlimmer kommen als unter dem gegenwärtigen Regime der Markverschlechterung. Mehr als ein Drittel aller deutschen Arbeiter ist heute ganz oder teilweise arbeitslos, weil die Arbeiter nicht in der Lage sind, die von ihnen erzeugten Produkte zu kaufen und weil das Ausland von uns nur in dem Maße kaufen kann, in dem wir von ihm kaufen. Jeder Handel ist ein Tauschgeschäft.

Was aber die Weltmarktpreise betrifft, so sind wir so weit davon nicht entfernt. Wir haben es ja in diesem Frühjahr erleben müssen, daß die Leipziger Messe ein glattes Fiasko wurde, weil wir dem Ausland zu teuer waren. Und dies ohne wertbeständige Löhne. Man kann füglich behaupten: Gerade weil die deutsche Industrie mit der Arbeitskraft Schindluder trieb, ist sie immer mehr ins Hintertreffen geraten. Nur eine gutbezahlte Arbeiterschaft ist leistungsfähig. Nur mit einer gutbezahlten Arbeiterschaft wird man auch sparlam wirtschaften.

Wir wollen keineswegs leugnen, daß eine Lohnpolitik, die nicht auf Betrug beruht — und die Lohnpolitik der Markwertung ist nichts anderes als ein Riefenbetrug —, eine Umstellung unserer Betriebswirtschaft erfordert. Das mag manchem Industriellen un bequem sein. Aber früher oder später wird diese Umstellung doch kommen müssen. Wir meinen sogar, daß es die allerhöchste Zeit ist.

Dann aber, sagt der Arbeitgeberintendant Dr. Meißner, dann muß unsere Zwangswirtschaft erst abgebaut werden. Unter Zwangswirtschaft versteht er nicht etwa die Schreckensherrschaft der Schwerindustrie und die Blutsaugerpolitik der Banken, sondern den Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz, die Demobilisierungsverordnungen, überhaupt die ganze „neue Richtung“.

Zunächst: Ist etwa in den anderen Industrieländern alles so wie es vor dem Kriege war? Haben nur wir den Achtstundentag, die Arbeitslosenunterstützung, die Verpflichtung, Kriegsschadigte zu beschäftigen?

Und was das so viel verschrieene Betriebsrätegesetz betrifft, so ist es gerade dieses Gesetz, das die Umstellung unserer Wirtschaft wesentlich erleichtern wird. Man muß auf Unternehmerseite nur ernstlich wollen. Aber gerade daran hat es bisher oft gefehlt. Man sabotiert das Betriebsrätegesetz, man hält sich juristische Berater, nicht so sehr, um die Steuergeetze zu umgehen — die sind derart, daß man gar nicht anders kann als sie zu umgehen —, sondern um mit allen erdenklichen juristischen Kniffen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter auszuhöheln. Und doch gibt es keinen einsichtigen Unternehmer, der nicht selbst sagen wird, daß ihm gerade das Betriebsrätegesetz eine Menge Scherereien abgenommen hat. Es sind gerade die unangenehmsten Dinge, die viel psychologisches Verständnis erfordern, viel Geduld und viel Takt, die das Betriebsrätegesetz dem Unternehmer abgenommen hat. Man muß eben nur wollen und sich mit der Tatsache abfinden, daß nach dem Kriege und dem Zusammenbruch des alten Regimes dieses alte Regime auch in der Betriebswirtschaft seine Rolle ausgepielt hat.

Damit können sich gewisse Unternehmertreife noch nicht abfinden. Sie sagen es ganz offen, wenn sie unter sich zu sein glauben: „Erst müssen noch die Kommunisten ans Ruder kommen, dann ist wieder an uns die Reihe!“

Es könnte aber auch anders kommen. Das Schicksal Oesterreichs sollte zu denken geben. . . . Und schon deshalb ist es höchste Zeit, unsere Wirtschaft und unsere Finanzen wieder auf eine gesunde Basis zu stellen.

Jedenfalls sei es hier einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß die organisierte Arbeiterschaft mit dieser Verelendungspolitik, die entweder zur Russifizierung oder zur

Versterkerreichung Deutschlands führen muß, ein Ende zu machen entschlossen ist. So oder so. Was die Gewerkschaften heute fordern, ist im Grunde wenig: die ehrliche und wirkliche Zahlung der tariflich vereinbarten Löhne. Wenn es die Unternehmer um dieser bescheidenen Forderung willen zum Kampf kommen lassen, dann wird es zum Kampf kommen. Wer die Stimmung in der Arbeiterschaft kennt — und ganz unbefannt dürfte sie auch den Unternehmern nicht sein —, der wird verstehen, daß die Gewerkschaften im Bewußtsein ihrer Verantwortung für das Schicksal der deutschen Wirtschaft entschlossen sind, dem unerträglich gewordenen Lohnbetrug ein Ende zu machen.

Die Dänen in Deutsch-Schleswig.

Der preussische Ministerpräsident Genosse Braun hatte vor einiger Zeit Beschwerde gegen die Wählerarbeit dänischer Nationalisten in Deutsch-Schleswig erhoben. Der dänische Unterrichtsminister versuchte diese Anklagen zu parieren, indem er behauptete, das Dänentum genieße im deutschen Grenzbezirk weniger Freiheit als das Deutschtum auf dänischem Boden. In einer Antwort auf die Rede des dänischen Ministers entwarf der Ministerpräsident ein klares Bild von den Verhältnissen in den Grenzbezirken, in denen die dänische Propaganda eine Rolle spielt, die Deutschland ernstlich beunruhigen muß. Der Flensburger Korrespondent des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ ergänzt dies Bild durch Angaben, die zeigen, wie recht Ministerpräsident Braun mit seinen Beschwerden an die dänische Adresse hatte. Er schreibt:

Deutschen in Nord-Schleswig glaubten, nachdem die Grenze fünf Kilometer nördlich von Flensburgs Loren gezogen war, daß Ruhe in ihrer Heimat eintreten würde. Doch wir hatten die Rechnung ohne die dänischen Nationalisten gemacht, deren Wünsche durch die neue Grenze nicht befriedigt waren. Sie wollten die Eider, die Südgrenze des ehemaligen Herzogtums Schleswig, als Grenze. Die treibenden Kräfte waren und sind dabei die sogenannten Flensburger-Dänen, die sich von der Apenniner Richtung der Dänen trennen, weil diese für Anerkennung der jetzigen Grenze eintreten. Die ganze Kraft, die in dem ehemaligen Oppositionsverein, dem dänischen „Wählerverein“ lag, wurde jetzt, nachdem dessen Hauptfeld, Nord-Schleswig, gewonnen war, freigemacht für die Gewinnung der Bevölkerung südlich der jetzigen Grenze. In dem neuen Kampfgebiet war in den letzten Jahrhunderten von einem Dänentum nichts zu spüren gewesen. Was aber erleben wir jetzt? In Flensburg konnte ein dänischer Schleswiger Verein „über 5000 Mitglieder sammeln; bislang hatte man fast kein Wort dänisch gehört, nur eine kleine, etwa 400 Personen zählende dänische Kolonie fristete still und friedlich ihr Dasein. In der rein deutschen Stadt Schleswig, die bei bisherigen Wahlen keine zehn dänischen Stimmen aufgebracht hatte, sammelten sich infolge steter Agitation bald 1000 Mitglieder in einem dänischen Verein. Die deutsch geschriebene, aber dänisch orientierte Presse findet auf einmal Verbreitung nach Süden bis zum Nord-Offsee-Kanal. Das liegt an der Macht der hochwertigen dänischen Krone, die sich bei der wirtschaftlichen Not und Arbeitslosigkeit in Deutschland und bei der Unterernährung der Bevölkerung auswirkt. Viele Volksgenossen folgten den Lockungen der Dänen und ihrer Krone. Heute sind über 300 Häuser Flensburgs in Händen dänischer Grundstückspekulanten. Im Norden der Stadt besitzen die neuen Dänen ein großes Anwesen mit Saalbau und einer Bibliothek von 30 000 Bänden. Die deutsche Lesestube ist in Dänenhände übergegangen. Ein größeres Restaurant wurde aufgekauft und als Kirche eingerichtet. Auf dem sichtbarsten Punkte der Höhe, die Flensburg umgeben, ist eine neue große dänische Realschule gebaut. Neben einer südlichen dänischen Volksschule wurde eine zweite dänische Privatschule errichtet. Zu der einzigen dänischen und dänisch geschriebenen Zeitung, die früher in Flensburg erschien und in der Stadt nur wenige Leser hatte, ist die ehemals konservative, dann national-liberale „Norddeutsche Zeitung“ getreten, die heute als Dänenblatt in deutscher Sprache erscheint und 11 000 Abonnenten

Die verjüngte Nationalgalerie.

Von John Schlotzki.

Ungefähr ein Vierteljahrhundert ist verfloßen, seit Hugo von Tschudi den ersten Versuch machte, die Nationalgalerie, die bis dahin eine Scham und ein Gesächter gewesen war, in einen halbwegs möglichen Zustand zu versetzen. Das Gebäude selbst, ein Produkt der Gründerjahre und eine Art architektonischer Siegesallee, widersetzte sich freilich allen Korrektionsversuchen. Aber mit der Sammlung ließ sich schon einiges anfangen, wenn man die Fülle pseudo-klassizistischer Unrats resolut ausmerzte und jene Kunstwerke einrangierte, die teils im Magazin verborgen gewesen, teils durch Tschudi neu erworben worden waren. Bei diesen Neuerwerbungen handelte es sich besonders um Werke der damals modernen Richtung, des französischen Impressionismus und Pointoirismus. Aber kaum war Tschudis Werk vollendet, so erschien das allerhöchste Schicksal mit gestraubten Schnurrbartshaaren auf dem Platz und befahl Ruhe und Marsch. Dem Entdecker der Rinnsteinkunst paßte die junge Richtung nicht, der Aufbau wurde zertrümmert und Tschudi aus Berlin hinausgegrault.

Sein Nachfolger war Ludwig Justi. Die ersten Jahre seiner Direktion waren Leidensjahre, denn der Hoby-Bart regierte noch immer im Staatlichen Kunstbetriebe und seinem Geschnad mußte wohl oder übel Rechnung getragen werden. Es gehörte viel Takt, Geschicklichkeit und kluge Berechnung dazu, um die Sammlung wenigstens einigermaßen auf der Höhe zu halten. Der große Deutschdämer Marées galt dem gottbegnadeten Kunstherren als ein Sezessionist, und der vortreffliche Biedermeier Olivier wurde seines französischen Namens wegen unter die Impressionisten gerechnet und aus der Galerie verbannt. Ich glaube, wenn Justi einmal seine Memoiren schrieb, würde die Nachwelt zu staunen und zu lachen haben. Die kunstfreundliche Mittelwelt aber segnete die Stunde, da Wilhelm jenseits der holländischen Grenze verschwand. Jetzt konnte endlich an eine wirkliche, radikale Reform der Nationalgalerie gegangen werden, und Ludwig Justi hat das Werk energisch in Angriff genommen und konsequent durchgeführt. Seit gestern präsentiert sich das größte und wichtigste moderne Kunstmuseum Deutschlands in verjüngter Gestalt.

Der kritische Besucher wird nicht von allem befriedigt sein, was hier geschehen ist. Die zur Verfügung stehenden materiellen Mittel waren nichts weniger als reich, und bei der Lösung einer so schwierigen und komplizierten Aufgabe wird man sich oft mit einem Kompromiß begnügen müssen, wenn das Ideal nicht zu erreichen ist. Das gilt namentlich für die Ausgestaltung der Räume, die architektonisch verpfuscht und für Museumszwecke größtenteils unbrauchbar sind. Hier wurden durch neue Wandaufstellung die Behängflächen niedriger gestaltet, die Wandbespannungen sind neu geklebt und eine weisse Ausnutzung mancher baulichen Absonderlichkeiten hat sogar Reize geschaffen, die normale Galerien entbehren müssen. Die Schausammlung selbst ist sehr stark verringert worden. Nicht nur, daß im Laufe der letzten Jahre ganze Gruppen an andere Stellen überführt wurden: die Schlachtenbilder ins Zeughaus,

zu haben behauptet. Selbst in der Stadt Schleswig, die 40 Kilometer südlich von Flensburg liegt, hat man mit Hilfe der dänischen Kronen eine Saalwirtschaft erstanden. So sucht das Dänentum auf der ganzen Linie in Schleswig vorzudringen mit Hilfe der Mittel, die ungefähr 50 Vereine in Dänemark aufbringen. Dazu gibt in diesem Jahre der dänische Staat für „kulturelle Zwecke“ im deutschen Schleswig 200 000 Kronen, das sind weit über 5 Milliarden Papiermark. Kein Wunder also, daß die deutschgeschriebene Dänenpresse heute noch für 1500 Mk. im Monat den Lesern täglich viel Papier liefert, daß den Schulkindern Konfirmationsanzüge und Lehrmittel, daß Hilfsbedürftigen Naturalien und Kronen gegeben werden können. Kein Wunder, daß manch einer, dessen Bioge weit weg stand, sein dänisches Herz entdeckt. Die deutsche Bevölkerung, nicht zuletzt die Arbeiterschaft, steht also in hartem Ringen gegen diesen dänischen Nationalismus. Auch Schleswigs Bevölkerung kämpft einen Abwehrkampf, bei dem die Arbeiter in vorderster Linie stehen. Dieses Kampfes in der Nordmark gegen nationale Verheerung sollte man auch im übrigen Reich immer wieder gedenken!

Diese Ausführungen eines Sozialdemokraten, der im übrigen betont, ein Anhänger der deutsch-dänischen Verständigung zu sein, sprechen eine zu gewichtige Sprache, um jenseits der Grenze überhört zu werden. Kann man nach diesen Feststellungen in Dänemark die Klage noch aufrechterhalten, die dänischen Schulkinder auf deutschem Boden würden benachteiligt?

Ende des schlesischen Landarbeiterstreiks.

Breslau, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der schlesische Landarbeiterstreik ist gestern in langwierigen Verhandlungen durch ein Kompromiß zwischen dem Landarbeiterverband und den landwirtschaftlichen Arbeitgebern abgeschlossen worden. Das Kompromiß hat eine Bezahlung der Streiktage nicht erreicht, was auch von vornherein in den Forderungen der Streikleitung nicht vorgesehen war. Die Deputatleistungen für die Streiktage sollen auf spätere Zahlungen der Arbeitgeber verrechnet werden. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks sind durch das Abkommen ausgeschlossen. Die Lohnfrage selbst ist auf Grund des alten Tarifvertrages geregelt, der jedoch durch neue Verhandlungen dem Stand der Geldbewertung angepaßt werden soll.

Wenn der Landarbeiterverband Wesentliches nicht erreicht hat, was die Streikenden mit Recht forderten, so liegt das daran, daß bereits in den letzten Streikwochen beinahe alle fälligen Arbeiten durch den Breslauer Regierungspräsidenten für Rotstandsarbeiten erklärt worden waren, so daß die Wirksamkeit des Streiks dadurch sehr behindert war. Auf jeden Fall wird der Abschluß des Streiks den schlesischen Landarbeitern zeigen, daß sie zur Erkenntnis des gewerkschaftlichen Kampfmittels einer weit besseren politischen Organisation bedürfen, um die Verwaltung noch mehr im sozialistischen Sinne zu beeinflussen und um vor allem den politischen Machtmitteln, die die Arbeitgeber mit ihrer Selbstschutzhorganisation einlegen, wirksamer entgegenzutreten zu können. Auch ist zu wünschen, daß die Wirksamkeit dieser Selbstschutzhorganisation, die auch in der gemäßigten bürgerlichen Presse Anstoß erregte, noch nachträglich im Parlament und durch die Berliner Zentralbehörden völlig geklärt wird, wobei vor allem die Unterstützung dieser Selbstschutzhorganisation durch die Reichswehr nicht vergessen werden darf.

Terror gegen Sozialdemokraten.

Mannheim, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Redakteur Steffen von der „Pfälzischen Post“ in Ludwigshafen wurde gestern von dem französischen Militärpolizeigericht in Landau wegen des Abgrunds einer Meldung über eine Kesselexplosion eines von den Franzosen geführten Personenzuges zu einem Jahr Gefängnis und 2 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, während ein bürgerlicher Redakteur wegen des gleichen Deliktes nur 6 Monate Gefängnis erhielt. Der Verleger der „Pfälzischen Post“ in Ludwigshafen, Genosse Gerich, wurde freigesprochen. Genosse Baum, Leiter des Eisenbahnerverbandes in Ludwigshafen, wurde zu einem Monat Gefängnis und 25 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Das Urteil gegen Steffen muß als

ganz ungeheuerlich bezeichnet werden, da drei bürgerliche Redakteure in Kaiserslautern wegen des gleichen Vergehens vor 8 Tagen nur je einen Monat Gefängnis erhielten.

Dortmund, 27. Juni. (W.B.) Das französische Militärpolizeigericht, das gestern zum erstenmal in Dortmund tagte, verurteilte die Arbeiter Bachfegwig, Behmann, Lufat und Urban aus Dünem zu 14 Tagen Gefängnis und den Arbeiter Köbber aus Linen zu 45 Tagen Gefängnis, sämtlich wegen Verleumdung und Bedrohung eines französischen Zeitungshändlers, den Maurer Reier aus Ober-Castrop und den Bergmann Ganiß aus Berthe wegen Waffenbesitzes ebenfalls zu 14 Tagen Gefängnis, den Telegraphenarbeiter Schäfer zu 300 000 Mark Geldstrafe und den Arbeiter Schollmeier zu 14 Tagen Gefängnis und gleichfalls 300 000 Mark Geldstrafe, letztere beide wegen Übertretung eines Befehles der Befehlsbehörde. Der Kaufmannschleicher Klemann aus Dortmund wurde wegen Verteilung von Flugblättern an französische Soldaten zu 2 Monaten Gefängnis und zu 1 Million Mark Geldstrafe verurteilt. Zu 4 Monaten Gefängnis und 1 Million Mark Geldstrafe wurde der Bureaudirektor Gieselsbach aus Sodingen wegen Richtausführung eines militärischen Befehls verurteilt. Der Kriminalpolizeikommissar Draumann aus Dortmund, der auf dem Wege zum Dienst im Besitz einer Schusswaffe angetroffen wurde, erhielt die Höchststrafe von 1 Jahr Gefängnis und 1 Million Mark Geldstrafe.

Die englischen Arbeiter gegen Aufrüstungen.

London, 28. Juni. (E.P.) Eine Anzahl Abgeordneter der Arbeiterpartei interpellierte am Mittwoch nachmittag im Unterhause die Regierung über ihre Pläne, die englische Luftflotte zu vergrößern. Dabei kam es zu ziemlich erregten Szenen. Mehrere Abgeordnete bezeugten die Regierungsmitglieder als Rörder, worauf ihnen das Wort entzogen wurde. Einer der Abgeordneten fragte insbesondere, ob die Regierung nicht daran denke, eine Weltkonferenz einzuberufen, um über die Einschränkung der Aufrüstungen für die Luftflotten zu beraten. Der Innenminister sagte, daß die Frage der Aufrüstungsbeschränkungen im allgemeinen vom Völkerbund geprüft werde. Die Regierung werde keinen Beschluß fassen, bevor der Völkerbund seine Studien über diese Frage abgeschlossen habe.

Die gleiche Angelegenheit kam in der gestrigen Sitzung des Kongresses der Arbeiterpartei zur Sprache. Der Abgeordnete des Unterhauses Vansbury brachte eine Entschließung ein, worin erklärt wird, daß der neue Aufrüstungswettlauf in der Luft mit Frankreich nur das Vorbild zu neuen Kriegen sei. Es sei ein Verbrechen gegen die Menschheit, wenn man fünf Jahre nach dem Kriege einen solchen Aufrüstungswettlauf von neuem eröffnen werde. Die Entschließung, die die Arbeiterpartei auffordert, sich dem Regierungsprogramm über die Ausgestaltung der englischen Luftflotte mit allen Mitteln zu widersetzen und sofortige Einberufung einer internationalen Konferenz über die vollständige Abschaffung der Luftflotten zu verlangen, wurde einstimmig mit Beifall angenommen.

Kommunistischer Luftflottenrummel.

Moskau, 28. Juni. (W.B.) Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur verläßt die am Sonntag eröffnete Luftflottenwoche unter lebhafter Beteiligung der Bevölkerung und zeigt, daß der Gedanke, eine Luftflotte für Verkehrs- und Verteidigungszwecke zu schaffen, in der breiten Masse starken Anklang findet. Die Arbeiterorganisationen treten vollständig (?) dem Verein der Freunde der Luftflotte bei. In vielen Unternehmungen stiften die Arbeiter einen Teil ihres Lohnes zugunsten der Luftflotte und veranstalten Sammlungen zum Bau eigener Luftschiffe (unter behördlichem Druck). Die Presse widmet den Fragen der Luftschiffahrt große Aufmerksamkeit und organisiert ebenfalls erfolgreiche Sammlungen.

Es genügt, die beiden vorstehenden Meldungen miteinander zu vergleichen, um zu erkennen, wer in Wirklichkeit den Interessen des Friedens dient: die „Sozialverräter“ in der englischen Arbeiterpartei, die in schärfster Weise jeglichen Militarismus bekämpfen, oder die russischen Kommunisten, die unter einem radikalen Phrasenschwall eine nationalistische und militaristische Politik betreiben, die den Interessen der russischen wie der internationalen Arbeiterklasse direkt entgegengekehrt ist!

Schlamassel. „Nach Trojas Fall“ heißt der Sang, und Hans Frick v. Zwehl heißt der Poet. Er hat das Zeug dazu, Kriegsberichterstattung für die „Deutsche Zeitung“ im herbeigewünschten nächsten Krieg zu werden. Seine ehernen Worte gehen durch Mark und Pfennig.

Während das Stück im fernem Steagly vom Stapel polterte, sah im Parkett ein erklustes Publikum. Würdige Damen mit Krabben Kostbarkeiten behangen, martialische Schmissen auf feudalen Gesichtern. Monatel blühen durch Dämmer, und ab und zu raunt es durchs Dunkel: „Das soll ja ein neuer Dichter sein...“ Das Drama ist nämlich auch für Kinderbegabte verständlich. Ueberdies hat der Dichter im Programm erklärt, was er mit seiner Lyrik meint. Für alle Fälle. Man kann nicht wissen.

Der Vorhang rauscht auf, im musikalischen Duster der Bühne erscheint eine Schaulustendefinition für bessere Porzellangelächste. Auf dem unteren Sockel der Schauprämide trauert ein Krieger mit graulichem Helm. Nachher redt er sich hoch. Diese Vögel! Auch der geistig Arme hat's losort raus: der Mann stellt erhabene Macht dar. Im Hintergrund schimmert der Nachthimmel. Stimmung, Mensch! Es handelt sich um den Untergang Trojas. Die Trojaner haben sich leichtgäubig edel das Verderben selbst in die Stadt geholt. Das ist symbolisch, versteht! Das Schicksal des Deutschen ist das der Trojaner. Vorsichtshalber wird auch das im Programm haarklein erklärt. Der Dichter kennt seine Gemeinde; mal müssen sie's doch kapieren.

Das war bloß das Vorspiel. Das eigentliche Drama spielt in der Regenzeit, und zwar feste. Zwoien Sie ein, meine Herrschaften, hier sehen Sie die Not des Krieges, die Schmach an der Ruhr, Bozismus, Antifemismus, alles ist da. Und eine Sprache hat sich herr v. Zwehl ausgesucht, Mußt von erschütternder Poetie: „Meer tat sich auf hinter Meer. Beid lockte mich und Gefahr, waren beide gemungen, wie schnell verweilte der Reiz von Dingen und Frauen.“ Der weibliche Held heißt „Waldoogel“, die symbolische Figur „Ferne Liebe“, wobei der Dichter wahrscheinlich an Fern Andra gedacht hat. Nebenbei gesagt, trug der Waldoogel ein Kleid aus Crepe de chine mit Goldborie, wie das so in entlegenen Waldhütten üblich ist.

Breien wir den Mantel der Rächstenliebe über die Schaulusternamen. Sie können ja nichts dafür. Bloß der Zwoelische Held, Herr Kennemann, der das Rezept zu Deutschlands Rettung ausposaunt, hat den Riß mit schlotternder Seele tief empfunden.

In dem ehrenwerdigen Bestreben, sich nicht mit fremden Schreibfedern zu schmücken, bittet mich der Volkshäutenmann H. v. Zwehl, darauf hinzuweisen, daß er mit dem Verfasser nicht identisch ist. Herzlichen Glückwünsch! Ernst Degner.

Der Deutsche Werkbund hält seine diesjährige Jahresversammlung am 14. und 15. September in Weimar ab. Zur Vorbereitung sollen namentlich die Fragen der Erziehung uneres künstlerischen Nachwuchses kommen. Eine Ausstellung von Lehrer- und Schülerarbeiten des Weimarer Bauhauses und eines vom Bauhaus errichteten Wohngebäudes mit seiner Ausstattung werden Gelegenheit geben, die ersten zusammenfassenden Ergebnisse dieses interessanten und vielumstrittenen Versuches kennenzulernen.

das Gros der Bildnisse in die Porträt-Sammlung und die Werke der neuesten Zeit nebst der Handzeichnungenabteilung ins Kronprinzenpalais. Auch in dem verbleibenden Bestande hat ein fein und klug scheidender Geist geschmackvollere Rüstung gehalten. Von den alten Lieblingen der Galeriebesucher fehlt manches teuer gewesene Haupt: nach Spangenberg's „Zug des Todes“, nach Henneberg's „Jagd nach dem Blut“ werden Kunstenthusiasten aus Angermünde und Stallupönen vergebens Ausschau halten. Einiges freilich ist geliebt, was man klaglos entbehrt hätte: das schneidig-medische „Gappengquartier“ des seligen Anton v. Werner hätte Justt getrost nach München verschicken können, wo man für preussische Heidenjünglinge heute mehr Verständnis hat als in Berlin. Im allgemeinen aber ist die Auswahl bewundernswert. Sie offenbart zum ersten Male mit eindringlicher Deutlichkeit, welche Kostbarkeiten unsere Nationalgalerie besitzt und wieviel herrliches die deutsche Malerei auch in den Zeiten hervorgebracht hat, die man bisher als Perioden des Niederganges anzusehen pflegte. Besonders die Räume, die die sogenannte Biedermeierkunst beherbergen, zeigen, wie ein stebvoller und begnadeter Schatzgräber der gegenwärtige Direktor der Galerie ist.

Die eigentliche Glanzleistung Justts aber besteht in der Anordnung. Jeder Raum ist ein in sich geschlossenes Ganzes und jedes Kunstwerk kommt — die weitmaschige Aufstellung begünstigt dies — in seiner Eigenart restlos zur Geltung. Die wunderbare diskrete Farbigeit einiger Feuerbachscher Gemälde ist mir nie so zum Bewußtsein gekommen wie hier, wo sie sich von der Folie eines dunkelvioioletten Wandgrundes abheben. Das Zimmer im obersten Stock mit den Landschaften Kaspar David Friedrichs ist eine Meisterleistung von unbeschreiblichem Stimmungsreiz. Im allgemeinen sind die Werke jedes Künstlers und jeder Künstlergruppe zusammengehalten, so daß die Möglichkeit, geschichtliche Ueberblicke zu gewinnen, aufs bequemste geboten wird. Verfehlt erscheint mir nur die Platzierung von Feuerbachs „Gastmahl“, das, an besonders auffälliger Stelle hängend, doch von seinem Stammpunkt aus recht zu sehen ist, und die Gestaltung des oberen Treppenhauses, wo die Corneliusschen Kartons im Verein mit einigen farbigen Riesenschinken ein sehr unerfreuliches Ensemble bilden.

Aber diese wenigen Feilgriffe sollen nichts ins Gewicht gegenüber dem ausgezeichneten Eindruck, den die verjüngte Galerie als Ganzes macht. Fast ein halbes Jahrhundert hat es gedauert, bis wir dieses Museum in der Gestalt vor uns sehen dürfen, die wir uns wünschten. So, wie sie jetzt ist, kann die Nationalgalerie getrost das nächste halbe Säkulum überdauern.

„Nach Trojas Fall.“

Unsern armen Volk bleibt nichts erspart. Ein neuer Dichter ist erstanden; hollannal Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte, deshalb schickt er uns den sterrenden Varden mit der schmerzenden Fanfare aus demaltem B'ach. Geh hin, geplagter Deutscher, ins Steiliger Schlosspark-Theater und laß dir dein Gehirn überfahnen mit dem neuesten parontiert echten teutschen Sang. Da sagt dir der Dichter, was hier los ist in Deutschland und wie du es machen mußt, daß du rauskommst aus dem

Freiheitspartei und Fememord.

Das Polizeipräsidium teilt mit:

Die von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums in der Parochialer Nordstraße wegen Begünstigung Festgenommenen sind heute dem Gericht vorgeführt worden. Es handelt sich um die in der Koffbady-Zentrale in Berlin-Wannsee wohnenden Verurteilten Koffbady namens Ludwig Richter und Rudolf Bernhard. Ihnen wird zur Last gelegt, daß sie einen der Mordteilnehmer nach Begehung der Tat eine anderweitige Unterkunft vermittelt und ihm 30 000 Mark Kassegeld gegeben haben. Bemerkenswert ist, daß Richter den betreffenden Mordteilnehmer zur Entgegennahme des Geldes in das „fröhliche“

Bureau der deutschvölkischen Freiheitspartei

in Berlin, Dessoir Straße 5 bestellte und daß der Mordteilnehmer wegen seines weiteren Untertommens von Rudolf an einen bekannten Fahrer der deutschvölkischen Freiheitspartei in Hannover gewiesen wurde.

Heute morgen noch erklärte die „Deutsche Tageszeitung“ in einer Zuschrift aus Schwerin, die sich anscheinend mit den Ansichten der dortigen Justizbehörde bezieht, daß keine Anhaltspunkte dafür vorhanden seien, daß irgendeine politische Organisation von der Tat gewußt habe, daß im Gegenteil die Tat gewissermaßen im Rahmen der Freiheitspartei abgewickelt hat. Wie erinnerlich, hatte der Reichstagsabgeordnete Wulle im Reichstag ein fürstbares Geschrei erhoben, weil die Geschäftsräume seiner aufgelösten Partei polizeilich geschlossen worden waren. Die bürgerliche Mehrheit des Verfassungsausschusses hatte sich daraufhin nach besonderer Fürsprache des völkischen Abgeordneten Dr. Rahl dazu bewegen lassen, Herrn Wulle für seine „parlamentarischen Arbeiten“ drei Zimmer zu belassen. Jetzt erfährt man, zu welcher Art „parlamentarischer Arbeiten“ diese Räume Verwendung fanden! . . .

Bei der „anderweitigen Unterkunft“, die von der Koffbady-Zentrale dem Mordteilnehmer besorgt werden sollte, handelt es sich um den völkischen Verlag „Der Sturm“ in Hannover, Heinrichstraße, an dessen Herausgeber Duin del der Teilnehmer brieflich verweisen wurde. Letzterer ist teils wegen Betruges vorbestraft, teils im Zusammenhang mit dem Verbot der Freiheitspartei schon in Haft gewesen.

Ein Koffbady als Polenspieler.

Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I gelangte heute der kürzlich verurteilte Prozeß wegen Verrats militärischer Geheimnisse zur Verhandlung, der sich gegen den Journalisten Sigmund Kartowski, den Russter Friedrich Hunsler und den Kaufmann Harry Biallowski richtete. Die Angeklagten werden beschuldigt, den polnischen Nachrichtenstellen in Berlin und Breslau gefälschte Dokumente übermittelt zu haben, in denen Künste über deutsche militärische Verhältnisse standen. Es wird zum ersten Male über die Frage entschieden, ob derartige erfindene Nachrichten als Betrug angesehen werden und strafbar ist.

Die Angeklagten haben den polnischen Nachrichtenstellen, mit denen sie durch einen Oberwachmeister am Ende in Verbindung gebracht worden waren, Nachrichten über den Selbstschutz in Oberschlesien und über die Beziehungen der Arbeitsgemeinschaft Koffbady zu dem ausgeübten Selbstschutz übermittelt. Außerdem haben sie über einen angeblichen Aufmarschplan von sechs Divisionen des Selbstschutzes in Niederschlesien gegen Oberschlesien und Polen angefertigt und an die polnischen Nachrichtenstellen verkauft. Die Angeklagten Kartowski und Biallowski sind polnische Staatsangehörige, während Hunsler Deutscher ist. Hunsler hat den Feldzug von 1915 bis 1918 an der Front mitgemacht und war später beim Oberschlesischen Selbstschutz in der Arbeitsgemeinschaft Koffbady. Nach Auflösung des Selbstschutzes war er in Breslau, wo er sich als Klavierpieler seinen Lebensunterhalt erworb und ist mit der Formation Koffbady in enger Beziehung geblieben. Er hatte sich den Namen Horst Kamp zugelegt, wie er angibt, weil er aus seiner Heimat höchst infolge eines Renkontres mit einem französischen Offizier hohe Steuern mußte. Den falschen Namen habe er angenommen, weil ihm Koffbady dazu geraten habe, damit er sich gegen Verfolgungen von französischer Seite schützen könne. Im Verkehr mit den Polen nannte er sich Henning. Der Angeklagte Biallowski ist im Februar vom Reichsgericht wegen Landesverrats zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden; er verbüßt seine Strafe jetzt im Zuchthaus Brandenburg. Sämtliche drei Angeklagte sind seit Dezember 1921 in Haft. Die beiden polnischen Angeklagten Kartowski und Biallowski hatten den Oberwachmeister am Ende kennengelernt, der mit den Polen in sehr enger Beziehung stand, und waren auf die Idee gekommen, sich von Polen durch den Verkauf falscher Dokumente Geld zu verschaffen. Sie konnten ihren Plan aber erst ausführen, als sie in Verbindung mit Hunsler traten.

Devisenkurse.

	28. Juni		27. Juni	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	59658.	59947.	59850.	60150.
1 argentinische Papier-Peso . . .	52618.	52882.	52853.	52997.
1 belgischer Franc	7855.	7895.	8008.	8052.
1 norwegische Krone	24538.50	24691.50	27431.	27569.
1 dänische Krone	29433.50	29586.50	28927.50	29072.50
1 schwedische Krone	39600.50	39793.50	43590.	44110.
1 finnische Mark	—	—	4239.	4261.
1 japanischer Yen	—	—	76908.50	76891.50
1 italienische Lire	6708.	6742.	7806.50	7843.50
1 Pfund Sterling	688275.	691725.	708225.	711775.
1 Dollar	149625.	150375.	152617.	153383.
1 französischer Franc	9228.50	9273.50	9975.	10025.
1 brasilianischer Milreis	15710.50	15789.50	16458.50	16441.50
1 Schweizer Franc	26883.	26817.	28927.50	29072.50
1 spanische Pesta	21945.	22055.	22942.50	23067.50
100 österr. Kronen (abgefl.)	—	—	217.45	218.55
1 schweizerische Krone	—	—	4588.50	4611.50
1 ungarische Krone	—	—	18.95	19.05
1 bulgarische Lema	—	—	1645.50	1650.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1695.50	1704.50

Deutsche Studenten.

Was sich auf einer Polizeiwache abspielte.

Als Heiden der guten Gesellschaft, als Muster vollendeter Erziehung in echt deutsch-völkischem Wesen, so präsentierten sich vor kurzem fünf Söhne der Berliner alma mater, als sie das Blut hatten, geräuschvoll, edlen Weines voll, des Weges ziehend, einigen Charlottenburger Schupo-Beamten zu begegnen. Was sich dabei abspielte, sei in folgendem geschildert:

Die fünf hatten eines Nachts im Juni unter ihrem Anführer, dem 23 Jahre alten Studenten W. Koebke, die Englische Straße in Charlottenburg durch lautes Singen und Ordien alarmiert, als ihnen ein paar Schupo-Beamte entgegenkamen, die dem wüsten Treiben Ruhe geboten. Der Anführer der Studenten versuchte nun nach einigem Hin und Her die Beamten zur Annahme von Bier und Schnaps zu bewegen, um sie von der Erhaltung einer Anzeige abzuhalten. Als das nichts fruchtete und die Gäste eines eben wegen Polizeistundenüberschreitung geschlossenen Lokals sich über die Unartigkeit der Polizei dem wüsten Treiben der Studenten gegenüber beschwerten, steigerte sich der Värm. Unter dem Rufe: „Wir sind Patrioten, republikanische Beamte haben uns gar nichts zu sagen“ stürzten sie sich auf einen der Polizeibeamten und versuchten ihn über einen Gartenzaun zu werfen. Unter dem Hinweis, sie möchten sich dem herumstehenden Publikum gegenüber wenigstens als gebildete Menschen benehmen, gelang es schließlich, die Ruhefänger zur Waage zu bringen. Auf dem Wege dahin beschimpften sie fortwährend die Polizei, die jetzige Staatsregierung, die nicht einmütig erlaube, daß man auf der Straße singen dürfe. Die Polizei in Karlsruhe und München sei auch viel vernünftiger, die tränke ihr Bier und nähme ihre Zigarren und ließe die Studenten machen, was sie wollten. Auf der Wache ging dann trotz Aufforderung zur Ruhe die Grölerlei weiter. Schließlich mußten Koebke und ein anderer der Studenten in die Zelle gebracht werden, wo sie unter dem Gesang von „Heil dir im Siegerkranz“ die Zelle nach Kräften demolierten. Koebke drohte dann mit verschiedenen Regierungsstellen und polizeilichen Vorgesetzten, denen er einen der Beamten hermaßen anschwärzen werde, daß er innerhalb acht Tagen auf die Straße ziehe. Als ihm darauf der Beamte erwiderte, daß er sich auch nicht von seiner Pflicht abhalten lassen werde, wenn er sich an den Minister Severing wende, rief Koebke: „Das ist gerade der Richtige, das ist ja gerade der größte republikanische Lumpenhund und Schuft, den werden wir aber bald verschwinden lassen.“ Die Randbemerkungen und Belästigungen der Beamten gingen dann noch weiter. Zur Rechtfertigung wurden mit der Bemerkung quittiert: „Wir sind Studenten und Offiziere und machen, was wir wollen. Sie können mich anzeigen, soweit sie wollen, ich habe bei ihren Vorgesetzten so viele Bekannte und Freunde, daß ihnen das alles nichts nützen wird. Ich kenne den Major Kaupisch persönlich, mir wird nichts passieren.“

Ueber die Vorfälle ist natürlich unter genauer Angabe der Zeugen Anzeige erstattet worden. Sie beweißen erneut die vollkommene Demoralisation dieses von der völkischen und deutschnationalen Presse auf den Gipfel der Verbeugung getriebenen Teils der Studentenschaft.

Die fremde Frau.

Eifersuchtsdrama eines Ehemannes.

Wegen verlustigen Wordes hatte sich gestern der Polizeibetriebsassistent Gehrte vor den Geschworenen unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Vangels zu verantworten. Liebe und Eifersucht haben dem Angeklagten den Revolver in die Hand gedrückt.

Der jetzt 34jährige Angeklagte hatte bis dahin als Soldat und Beamter ein pflichtgetreues, tadellofes Leben geführt und war bis zum Jahre 1918 eine liebesvolle Gatte gewesen, bis ihm die Arbeiterin Anna Hoffmann, eine Witwe, in den Weg kam. Zu ihr entbrannte er derart in Liebe, daß er vollständig in ihren Bann geriet und mit ihr seit dem Jahre 1918 ein festes Liebesverhältnis unterhielt. Im vorigen Jahre lernte Anna Hoffmann aber einen Mann namens Wilhelm Müller kennen, der ihr die Ehe versprach. Dieser Umstand veranlaßte sie, ihrem verheirateten Liebhaber den Laufpaß zu geben. Der Angeklagte wollte aber von ihr nicht lassen. Er schrieb ihr mehrere Briefe und drohte ihr, daß er sie und sich erschießen müsse, wenn sie nicht mehr zu ihm zurückkehre. Eines Tages erwartete Gehrte die Hoffmann wieder vor der Fabrik. Ansehend war er ganz ruhig, gab ihr die Hand und versicherte, er werde sie von nun an in Ruhe lassen. Als die Hoffmann ahnungslos zur Fabrik zurückkam, trat der Angeklagte ihr mit dem Revolver in der Hand entgegen und gab, ohne ein Wort zu sagen, mehrere Schüsse ab, von denen einer die Frau leicht am Kopfe verletzete. Gehrte wollte dann die Waffe auf sich selbst richten, wurde aber von den herbeigeeilten Passanten daran gehindert und entwaffnet. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er derartig im Liebesbann gewesen sei, daß er nicht gewußt habe, was er tue. Er sei ohnehin ein starker Trinker und habe sich in seiner Verzweiflung in jenen Tagen vollkommen unter Alkohol gesetzt gehabt. Seine Absicht sei gewesen, sich vor den Augen seiner Angebeteten zu erschließen. R.-M. Dr. Arras verteidigt darauf, daß Medizinalrat Dr. Störmer den Angeklagten seinerzeit beobachtet habe und zu dem Urteil gekommen sei, daß der Angeklagte bei Begehung der Tat geistesverwirrt gewesen sei. Das Gericht verurteilte Gehrte zu einem Jahre Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. Es wurde dem Angeklagten aber eine dreijährige Bewährungsfrist gewährt. Das Gericht nahm an, daß er die Tat nicht aus verbrecherischer Reizung, sondern im Affekt und im Augenblick einer feilschen Erregung verübt habe.

Warum es so wenig Spiritus gibt.

Vor einigen Wochen gaben wir eine Zuschrift wieder, die sich darüber beklagte, daß — es war um den 14. Juni herum — in den kleinen Geschäften kein Spiritus mehr zu haben war und daß dem Käufer meistenteils werde, der Vorverkauf sei durch die Monopolverwaltung gesperrt, bis neue Preise festgesetzt seien. Es war zum Schluß die Frage gestellt worden, ob die Monopolverwaltung tatsächlich die Sperre verhängt habe, oder ob etwa die Händler den Spiritus zurückhalten. Dazu teilt uns der Reichsverband der deutschen Seifenhändler und verwandter Zweige aufklärend folgendes mit: „Der Verkaufspreis von Brennspiritus ist auf der amtlichen Verschlußmarke angegeben. Ohne diese Verschlußmarke darf Spiritus nicht abgegeben werden. Es ist daher vollkommen ausgeschlossen, daß der Händler Spiritus zurückhält, um diesen nach der nächsten Preissteigerung teurer zu verkaufen. In diesem Falle würde der Kunde sofort den abweichenden Preis auf der Verschlußmarke bemerken. Schon hieraus ergibt sich daher, daß eine Zurückhaltung durch den Händler vollkommen ausgeschlossen ist. Hinzu kommt ferner die Regelung des Preises durch die Reichsmonopolverwaltung. Maßgebend für den Preis, den der Kleinhandler zu zahlen hat, ist nach den Bedingungen, die in einem besonderen Verpflichtungschein niedergelegt sind, nicht der Tag der Bestellung oder der der Zahlung, sondern ausschließlich der Tag der Lieferung. Das Bemerkenswerte hierbei ist nun, daß erfahrungsgemäß in den letzten Tagen vor einer Preiserhöhung die Reichsmonopolverwaltung selbstverständlich ohne eine offizielle Sperre auszusprechen, keine Möglichkeit zur Auslieferung zu haben glaubt. Wenn tatsächlich sich allgemein zeigen sollte, daß in den Tagen vor den Preissteigerungen Warenmangel eintritt, so tritt nicht den Kleinhandlern, sondern ausschließlich die Reichsmonopolverwaltung das Verschulden. — Ein Kleinhandler, übrigens ein langjähriger Parteigenosse, gibt uns sodann eine Schilderung von den Schwierigkeiten, mit denen der Kleinhandler zu kämpfen hat. Bei der Spiritusbestellung muß der entsprechende Betrag sofort eingezahlt werden, und es kommt dann

im allgemeinen sogleich die Lieferung. Das wird aber anders, wenn eine Preiserhöhung in Aussicht steht. Dann kommt statt des Spiritus eine Karte, auf der mitgeteilt wird, daß die Preise für Fläschensspiritus erhöht, wie folgt festgesetzt worden sind, und daß daher der Restbetrag nachgezahlt werden muß. Ehe dieser Betrag, d. h. nunmehr der Gesamtbeitrag nach dem neuen Preis, nicht bezahlt ist, gibt es keinen Spiritus. Wir haben uns aus einer beigelegten Rechnung auch überzeugen können, daß die Verdienstsperre für die Kleinhandler äußerst gering ist. Aus diesem Grunde sehen viele Kleinhandler davon ab, überhaupt noch Spiritus zu führen.

Vor einer Erhöhung der Wohnungsbaubgabe.

Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung in einer Dringlichkeitsvorlage um Bereitstellung von weiteren Mitteln zur Abbildung der Baukostenübersteigerung durch Erhöhung der Wohnungsbaubgabe ersucht. Er hat beantragt, den gemeinlichen Sonderzuschlag zur Wohnungsbaubgabe vom 1. Juli 1923 zu erhöhen: a) für alle Räume, mit Ausnahme der unter b und c genannten, auf das achtfache des staatlich festgesetzten Anteils der Wohnungsbaubgabe; b) für alle Räume, die nicht zu Wohnzwecken dienen und die in Gebäuden gelegen sind, die auf Grund des preussischen Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 den Sätzen für gewerbliche Gebäude veranlagt, auf das 12fache des staatlich festgesetzten Anteils der Wohnungsbaubgabe; c) für alle Luxusgaststätten auf das 16fache des staatlich festgesetzten Anteils der Wohnungsbaubgabe. Diesen Sätzen sind die Lebenshaltungskosten des Monats Juni zugrundegelegt; sie ändern sich vierteljährlich in demselben Verhältnis, in welchem der Index für die Lebenshaltungskosten des dem Vierteljahr vorausgehenden Monats sich im Verhältnis zum Index der Lebenshaltungskosten im Monat Juni verändert hat. Dabei erfolgt die Änderung der Sätze immer unter Abrechnung auf ein Vielfaches des staatlichen Anteiles der Wohnungsbaubgabe.

Verhaftung eines Friedhoffhändlers.

Vor einigen Tagen wurde ein Relief des Turnvaters Jahn durch die Kriminalpolizei beschlagnahmt. Die Nachforschungen über die Herkunft des Reliefs führten zur Ermittlung des Diebes, eines 23 Jahre alten Kaufmanns Karl Hefing, der sich unangemeldet in einem Fremdenlogis am Schlesischen Bahnhof aufhielt. Er scheint den Friedhoffdiebstahl gewerbsmäßig betrieben zu haben. Bei der Durchsuchung seines Quartiers wurden noch verschiedene aus Friedhoffdiebstählen herrührende Sachen gefunden. So fanden die Beamten in seinem Bett u. a. das Relieff des Panoptikum-begründers Castan, das er von einem Grabdenkmal auf dem französischen Friedhof gestohlen hatte. Das Relieff wurde der Frau Castan wieder ausgehändigt. — Festgenommen wurde ferner von der Polizei der 20jährige ehemalige Kaufmann Max Krause, bei dem Bronzestücke von einem Hirschgeweih gefunden wurden, die zu einem Hirsch von den Jagdgruppen am Großen Stern gehörten.

Ein neuer Kampf um die Miete.

Die Delegiertenversammlung des Mieterbundes Bau Berlin im Bunde deutscher Mietervereine hat sich gestern mit den Mietzuschlägen für Juli beschäftigt. Man wandte sich besonders gegen die Höhe der Instandsetzungszuschläge, deren sachgemäße Verwendung nicht gesichert sei, und gegen die hohen Versicherungsanteile. Die Versammlung beschloß einstimmig, der Mieterchaft zu empfehlen, die wieder neu eingeführte Vorzuschußzahlung in Höhe der hundertfachen Grundmiete als gesetzwidrig abzulehnen und es auf gerichtliche Entscheidung ankommen zu lassen. Die Mieterorganisationen Berlins stehen geschlossen hinter diesem Beschluß und haben sich verpflichtet, für dessen strikte Durchführung zu sorgen.

Zu wenig Kohlen für Selbstholver.

Aus den Kreisen der kleinen Konsumenten geht uns folgender Notruf zu:

Vor den Kohlenplätzen standen in den letzten Wochen die Menschen zu Hunderten. Nur die wenigsten erhielten Kohlen. Es geht deshalb die nicht so ganz ungläubige Meinung um, daß viele Kohlen zurückgehalten werden für Kramden, die sich für den jetzt 1000 M. pro Zentner betragenden Preisausschlag die Brickets in das Haus bringen lassen. Das Herumfahren so vieler großer Wagen, die mit Breitspählen besetzt sind und diese in Teilstrecken vor den Wohnhäusern abladen, kann jedenfalls auffällig erscheinen, wenn für Selbstholver sogar auf ausgedehnten Kohlenplätzen bekannter Firmen kaum etwas zu haben ist. Der Zentnerpreis von rund 16 000 M., der nur ganz kurze Zeit in Geltung war, ist einem Bruchteil der Selbstholver zugute gekommen. Wird das mit dem auf 23 000 M. erhöhten Zentnerpreis ebenso sein? Zahlungssträufte haben jede freigegebene Kohlenkarte ausgenutzt und sind schon jetzt für den Winter gerüstet, während die Keller der Zahlungschwachen fast oder ganz leer sind. Wenn man diese Dinge mit anseht und ferner den Unflug auf dem Kartoffelmarkt und die Anarchie auf dem Lebensmittelmarkt, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß der freie Handel und die freie Wirtschaft vollkommen verjagt und endgültig abgewirtschaftet haben. Hätten wir heute Parlamentswahlen, könnten die bürgerlichen Parteien ihr blaues Wunder erleben. Wäge es die gequälte Bevölkerung bis zu den nächsten Wahlen nicht vergessen!

Eine Explosion mit Kraterbildung ereignete sich in Oberschöneweide. Dort wurde wegen einer weithin hörbaren Explosion am Mittwoch nachmittag die Feuerwehr alarmiert, wo zum Glück an einer wenig verkehrsreichen Stelle, nahe dem UEG-Werk, an der Wilhelmshofstraße aus noch unbekannter Ursache, vermutlich durch Gase das Pflaster über einem Kanalschacht in die Höhe flog. Dort hat sich ein etwa 6 Meter breiter und mehrere Meter tiefer Krater gebildet. Ein eiserner Deckel des dortigen Einsteigeschachtes wurde auf die andere Seite der Straße geschleudert und mehrere Rohre beschädigt. Personen und Wagen, die in der Nähe weilten, kamen mit dem Schrecken davon.

An der höheren Gärtnerlehreanstalt in Berlin-Dahlem findet in der Zeit vom 2. bis 14. Juli d. J. ein Übergang für Obst- und Gemüseverwertung statt. Das überaus reichhaltige Programm umfaßt das gesamte Gebiet der Obst- und Gemüseverwertung. Anmeldungen sind sogleich an den Direktor der Anstalt zu richten.

Bestrafte Geschworene. Das Schöffengericht des Landgerichts I hat über zwei Geschworene, die unentschuldig trotz Robung weggeblieben waren, eine Ordnungsstrafe von je 300 000 M. verhängt.

Ueber 70 Personen an Fleischvergiftung erkrankt. In Mittelh bei Belpzig erkrankten infolge Genusses von schlechtem Rindfleisch 70 bis 80 Personen unter Vergiftungserscheinungen. Entgegen anderslautenden Berichten sind Todesfälle gänzlich abgeblieben und zu verzeichnen. Auch befindet sich ein Teil der Erkrankten auf dem Wege der Besserung.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Reilmittel heißer, aber noch kühl und überwiegend bewölkt, bei ziemlich frischen westlichen bis nordwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Für den Kampfbund der BVP. wurden in der 1. Abteilung auf der Sammelliste Nr. 2405 durch Gen. Georg Seiffert 570 000 M. gesammelt und an die Bezirksstelle abgeführt, worüber hierdurch mit bestem Dank quittiert wird. Die Zeichner dieser Listen sind durchweg keine Mitglieder, sondern Bürger, die nur mit unseren Bestrebungen sympathisieren. A. K. Herz Pagels

